

Haushaltsrede im LVR, Yannick Noe, AfD-Fraktionsvorsitzender im LVR

Gesamt: Zeit 11:08 Minuten / 1.558 Wörter

Kommunen entlasten – Ausgaben begrenzen –

PAUSE –

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, geschätzte
Kolleginnen und Kollegen, hochverehrte Bürger,

begeben wir uns in ein Gewerbegebiet. Genauer
gesagt auf den Parkplatz eines großen
Bekleidungsgeschäfts. Dort steigt gerade eine
Familie aus dem Auto. Diese Familie hat eine
besondere Tradition. Einmal im Jahr fahren sie
gemeinsam in dieses Bekleidungsgeschäft und die
Kinder dürfen sich neue Kleider aussuchen.

Und unbestritten brauchen sie ja auch jedes Jahr neue Sachen, weil manches inzwischen zu klein oder verschlissen ist.

Sobald die Familie mit ihren Kindern den Laden betritt sagt die Mutter: „Liebe Kinder, weil wir Euch so liebhaben, dürft ihr entscheiden, was wir hier heute einkaufen. Aber bitte – nehmt Euch nur das, was ihr auch wirklich braucht.“ Und raten sie mal, wie gut sich die Kinder, die mit grenzenloser Großzügigkeit losgelassen werden, zurückhalten können?

Und der Vater rechnet nach. Letztes Jahr waren es noch 15,45% des Einkommens. Dieses Jahr gehen schon 16,2% für neue Kinderkleidung drauf. Etwas beunruhigt fragt er seine Frau, wie das den weitergehen soll und wo denn die Grenze erreicht wäre.

Diese sagt ihm – leicht flapsig – „naja, mittelfristig werden wir wahrscheinlich über 17% liegen. Aber wenn die Kinder sagen, dass sie es wirklich brauchen, was soll man da schon machen?“

Doch im nächsten Jahr kommt der Vater auf eine Idee. Sie fahren wieder zum Bekleidungsgeschäft. „Aber diesmal“, sagt er seiner Frau, „diesmal möchte ich gerne die Ansprache halten“.

Und als sie den Laden betreten sagt er „liebe Kinder, wir konnten letztes Jahr nicht ins Schwimmbad, wir mussten unser Auto verkaufen und konnten das Loch in der Decke nicht reparieren. Aber weil ihr uns wichtig seid, sind wir trotzdem wieder hierhin gekommen. Wie immer darf sich jeder von euch selber aussuchen, was ihm wichtig ist – und dafür bekommt jeder von euch 150 Euro.“

Und so wie der Vater die Familienfinanzen wieder in den Griff bekommen hat – so müssen auch wir hier beim LVR für die Kommunen wieder zum Ausgabenwächter werden.

Es kann nicht sein, dass immer mehr Kommunen unter ihrer Schuldenlast zusammenbrechen. Dass unser Gemeinwesen an der Basis immer brüchiger wird.

Und dass wir uns hier gleichzeitig immer mehr genehmigen. Letztes Jahr 15,45%. Dieses Jahr 16,2; nächstes Jahr 16,4%. Wo soll das enden? Im Verlauf der Mittelfristplanung soll die Umlage immer weiter steigen, bis sie am Ende über 17% liegt. Wie stellen Sie sich das vor? Wie wollen Sie das den Kommunen erklären? Städten und Kreisen, die sich reihenweise bereits im oder kurz vor dem Nothaushalt befinden?

Im Haushaltsplan schreiben Sie selber, von Zitat:
„[...] einer höheren kommunalen Verschuldung [...] hohe Tariflohnsteigerungen, wachsende Sozialausgaben und geringes Konjunkturwachstum [...]“. Und weil die Kommunen immer weniger Geld haben – **PAUSE** – wollen Sie ihnen jetzt noch mehr wegnehmen? Wie wollen Sie das den Kommunen erklären?

Kommunen entlasten – Ausgaben begrenzen – das wäre die Antwort. Aber was sehen wir stattdessen?

Schwimmbäder und Jugendzentren schließen. Gebühren für Kitas und Kindergärten steigen. Höhere Grundsteuern machen das Eigenheim für immer mehr Menschen unmöglich. Und höhere Gewerbesteuern lassen immer mehr Firmen und Arbeitsplätze verschwinden. Wie wollen Sie das den Kommunen erklären?

Die Antwort der Linken ist klar: Gender-Klima-Ideologie und alle anderen sind Nazis. Aber die frage ich gar nicht. Nein – ich frage Sie – die Damen und Herren der CDU und der FDP – wie wollen Sie das den Kommunen erklären? Erinnern Sie sich bitte doch einmal zurück an den Beginn ihrer politischen Laufbahn. Welche Ideale haben Sie in die Politik geführt?

Liebe Kollegen von der CDU – wollten Sie sich nicht einsetzen für Haushaltsdisziplin? Dafür, dass es unseren Kindern einmal besser gehen möge als uns? Für regionale Stabilität in der Fläche? Für Verantwortungsgefühl?

Liebe Kollegen von der FDP – ist ihr Schlagwort nicht der schlanke Staat? Gehört es nicht zu ihrem Markenkern – für Effizienz und Wirtschaftlichkeit einzutreten?

Für Transparenz und Eigenverantwortung? Dafür Bürger und Unternehmen zu entlasten um einen neuen Wirtschaftsaufschwung zu ermöglichen?

Das sind doch die Ideale und Werte, die uns bürgerliche Parteien vereinen.

Fast 4 Milliarden Euro müssen die Kommunen jedes Jahr für den LVR zusammenkratzen. Und dass, obwohl viele von ihnen bereits hochverschuldet sind. Sprechen Sie doch einmal mit Ihren Bürgermeistern. Denn trotz Brandmauer haben wir nämlich zu vielen CDU-Bürgermeistern einen zwar inoffiziellen, aber doch sehr guten Kontakt. – **PAUSE** –

Das sind aufrechte Konservative, wie Sie und ich. Die natürlich nicht gegen die Richtlinien ihrer eigenen Partei verstoßen wollen. Die aber gleichzeitig auch wissen, dass sie nicht von einem Friedrich Merz, sondern von den Bürgern ihrer Stadt gewählt werden.

Die sich diesen Bürgern gegenüber verpflichtet fühlen. Die das Beste aus den begrenzten Mitteln machen wollen. Deren Handlungsspielraum wird immer enger, weil ihnen der LVR immer tiefer in die Tasche greift. Diese Kommunen müssen schon jetzt Angebote für die Bürger streichen, Steuern und Abgaben erhöhen und ihren Mitarbeitern Beförderungstopps oder sogar Stellenabbau zumuten!

Und wofür geben wir hier beim LVR dieses Geld aus? Der größte Kostenfaktor bei den jährlichen Gesamtaufwendungen von über 5 Milliarden Euro sind die Sozialleistungen. Über 90 % der verfügbaren Mittel fließen in diesen Bereich. Allein die Eingliederungshilfen schlagen mit über 3 Milliarden Euro jedes Jahr zu Buche. Und auch wenn das sicherlich zu Enttäuschungen führen wird – da müssen wir ran.

Wir müssen auch bei gesetzlichen Pflichtaufgaben wechseln vom linken „was brauchst Du alles“ zum konservativen „wo bietet Dir Dein Budget den bestmöglichen Nutzen“.

Natürlich gehören Menschen mit Behinderung dazu. Und auch wenn die Linken behaupten „alle Menschen sind gleich“ – wir sagen, jeder Mensch ist etwas Besonderes.

Und deshalb wollen auch wir ihnen die notwendige Unterstützung zukommen lassen. Und wenn Sie jetzt von mir ein Aber erwarten, dann muss ich Sie enttäuschen. Menschen mit Behinderung gehören dazu und sollen unsere Unterstützung erhalten. Ohne Wenn und Aber.

Gleichzeitig sind die verfügbaren Mittel begrenzt und unser System funktioniert nicht mehr. Wir können nicht länger auf Bundesebene immer mehr fordern und beschließen.

Hier beim LVR sagen „das wurde so beschlossen, da kann man nichts mehr machen“ und dann am Ende die Kommunen finanziell ausbluten lassen. Das geht so nicht mehr.

Und natürlich sind deshalb die Initiativen des Städtebundes und der Verwaltung richtig, vom Gesetzgeber auf Bundesebene Änderungen einzufordern, die das Konnexitätsprinzip wieder voll zur Geltung bringen und das Vereinbarungsprinzip mit den Sozialverbänden beenden, das zu einer immer größeren finanziellen Belastung durch die Kostenvorgaben dieser Sozialindustrie geführt hat.

Wir brauchen auch in diesem Bereich endlich Waffengleichheit für die Verhandler der LVR-Verwaltung, sprich echten Wettbewerb auf Seiten der Leistungsanbieter und Ausschreibungen nach

dem Wirtschaftlichkeitsprinzip bei der Erbringung von Leistungen.

Wir **MÜSSEN – PAUSE** – etwas verändern. Dass sind wir den Kommunen und den Bürgern schuldig. Und gleichzeitig weiß ich, dass dies keine einfache Aufgabe ist. Auf diese komplexen Probleme gibt es keine einfachen Antworten. Aber wir wollen gute Fragen stellen, die uns der Lösung dieser Selbstbedienungsproblematik große Schritte näherbringen.

Wie ziehen wir eine Grenze zwischen dem, was jemand möchte und dem was jemand wirklich braucht? Wie schaffen wir die Balance, zwischen dem was gewünscht ist und dem was finanzierbar ist?

Stellen Sie sich vor es gäbe die Möglichkeit Blinden das Sehen zu ermöglichen – die Kosten dafür lägen bei 1 Milliarde Euro pro Fall. Müssten

wir das dann trotzdem für alle 70.000 Blinden umsetzen und finanzieren?

Oder müssten wir stattdessen den Blinden die traurige Wahrheit erklären, warum es medizinisch zwar machbar, aber doch nicht finanzierbar ist? All das sind Grundsatzfragen auf die es keine einfachen Antworten gibt. Das verstehen wir. Aber wir beklagen im Namen der Kommunen, dass diese Fragen nicht ausreichend diskutiert werden.

Wir hier in der Landschaftsversammlung sollten uns aber vielmehr die folgende Frage stellen: wie können wir die ausufernde Kostenexplosion endlich in den Griff bekommen? Sie von der CDU sind am Wochenende starke Kraft geworden – Glückwunsch.

Aber damit geht auch Verantwortung einher. Sie von der CDU sollten sich daher fragen: wie können wir auf unsere Parteifreunde im Bund einwirken, so

dass wir ein wirtschaftliches System
hinbekommen?

Nirgendwo sonst gilt, dass der eine bestellt, aber
jemand anderes bezahlen muss. Ohne
Mitspracherecht. Wir sollten uns fragen:
Warum dürfen die Kommunen nicht
mitentscheiden, wie hoch die Umlage sein soll?
Wie können wir den Kommunen ein echtes
Mitspracherecht bei der Gestaltung der
kommenden Haushalte geben?

Die Stoßrichtung all unserer Überlegungen muss
lauten: Kommunen entlasten – Ausgaben
begrenzen! Dann erledigen sich auch rein
ideologisch motivierte Ausgaben wie die LVR-
Präsenz auf einem CSD oder Drag Queen-
Propaganda ganz von alleine!

Liebe Kollegen von der CDU. Es ist schwer und es
tut weh. Sich nach all den Jahren eingestehen zu

müssen – dass Sie sich mit dem falschen Koalitionspartner ins Bett gelegt haben. Die Linken – und damit sind SPD, Grüne, Linke – damit sind alle gemeint die unser Land verschenken wollen. Denen es egal ist, wie die nachfolgenden Generationen die von ihnen aufgetürmten Schulden abbezahlen sollen.

Mit diesen Leuten dürfen Sie nicht länger Politik machen. Hören Sie nicht auf mich. Hören Sie auf Ihre eigenen CDU-Bürgermeister und CDU-Landräte. Bieten Sie den Menschen vor Ort wieder neue Möglichkeiten. Wenn die Kommunen mehr Geld hätten, wie könnten unsere Städte aussehen? Schwimmbäder und Jugendzentren können wieder öffnen. Das Eigenheim wird wieder möglich, weil die Grundsteuern senken. Neue Betriebe siedeln sich an, weil sie mit niedrigen Gewerbesteuern angelockt werden.

Ich verstehe ja, dass Sie sich nicht trauen werden – sich bei diesem Haushalt zu enthalten oder gar dagegen zustimmen.

Das verlange ich auch gar nicht von Ihnen. Aber lassen Sie uns die nächsten zwei Jahre nutzen, um gemeinsam solide Konzepte zu erarbeiten.

Liebe CDU, liebe FDP, lassen Sie uns gemeinsam die ureigensten Ideale IHRER Parteien umsetzen. Lassen Sie uns miteinander um bessere Konzepte ringen. Damit auch im LVR wieder Haushaltsdisziplin, ein schlanker Staat und Generationengerechtigkeit einziehen. Lassen Sie uns gemeinsam Kommunen entlasten – Ausgaben begrenzen

Vielen Dank.